

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 17.01.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:02 Uhr bis 21:55 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Swen Knöchel	Ausschussvorsitzender, DIE LINKE.	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	anwesend bis 20:33 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	anwesend von 17:10 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend bis 21:14 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	anwesend bis 20:48 Uhr
Frau Julia Burghardt	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Stefan Schulz	SKE

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 13.12.2012 erst heute als Tischvorlage verteilt wurde. Aus diesem Grund kann eine Genehmigung dieser noch nicht erfolgen. Demnach werde der Tagesordnungspunkt 3 abgesetzt.

Auch der Tagesordnungspunkt 5.1 wird abgesetzt, da die Antragsteller, Herr Raik Müller und Herr Roland Hildebrandt, mit Schreiben an die Verwaltung darum gebeten haben. Es werde gegenwärtig ein Beleuchtungsgutachten eingeholt. Eine Abstimmung solle erst erfolgen, wenn das Gutachten vorliege.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Herr Knöchel** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:** einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2012 **abgesetzt**
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)  
Vorlage: V/2012/10759
- 4.1.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)  
Vorlage: V/2012/11296
- 4.2. Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept  
Vorlage: V/2012/10948
- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept" (Vorlagen-Nummer: V/2012/10948)  
Vorlage: V/2012/11330

- 4.2.2. Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948  
Vorlage: V/2013/11404
- 4.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011  
Vorlage: V/2012/11037
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche  
Vorlage: V/2012/11076
  - 5.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung  
Vorlage: V/2012/11266
  - 5.2.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)  
Vorlage: V/2012/11302
  - 5.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum innerstädtischen Parken  
Vorlage: V/2012/11272
  - 5.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausschilderung der Händelgarage  
Vorlage: V/2012/11273
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

**abgesetzt**

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2012**

---

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

### **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 4.1 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10759**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass die Vorlage aufgrund der Verweisung aus dem Stadtrat in seiner Sitzung im Dezember 2012 auf der Tagesordnung stehe. Der Stadtrat habe Ausschuss den Auftrag gegeben, eine Anhörung der Kleingartenvereine durchzuführen. Herr

Knöchel verwies auf sein Schreiben vom 20.12.2012, welches mit der Einladung zu dieser Sitzung versandt wurde, und teilte mit, dass sich der Ausschuss erst zum Verfahren verständigen solle. Er schlug vor, die Anhörung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Planungsausschuss durchzuführen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, informierte nochmals zur Beschlussvorlage und wies auf deren Auswirkungen hin.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, merkte an, dass dieses Thema schon im Stadtrat besprochen wurde. Er schlug vor, nur die Vereine anzuhören, welche mitgeteilt haben, dass sie nicht angehört wurden. Jedoch solle über den Änderungsantrag der FDP schon abgestimmt werden.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, gab bekannt, dass die Kommunikation zwischen dem Stadtverband und den einzelnen Kleingartensparten verbesserungswürdig sei. Er regte an, dass die Vereine, welche sich gemeldet haben, direkt angeschrieben werden. Des Weiteren solle der Termin der Anhörung im Amtsblatt bekanntgemacht werden.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, teilte mit, dass kein akuter Zeitdruck herrsche. Es solle geklärt werden, wie die einzelnen Sparten mit ihren Mitgliedern gesprochen haben. Er möchte, dass die Sparten Dessauer Straße, „Saaletal Lettin“, „DB Gleisdreieck“, „DB Obstgarten/Diemitz“ und „Am Passendorfer Damm“ eingeladen werden.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bat um Ergänzung der anzuhörenden Sparten „An der Johanneskirche“ und „Erholung 1920“.

**Herr Stäglin** bat um schriftliche Einreichung der Meldungen, damit dies gegebenenfalls in der Vorlage berücksichtigt und vorbereitet werden könne.

**Herr Knöchel** schlug vor, die Redezeit der einzelnen Vorstände der Sparten auf 5 Minuten zu beschränken bzw. die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme einzuräumen. Er bat um zeitnahe Mitteilung an das Protokoll, welche weiteren Sparten eingeladen werden sollen. Eine Mitteilung erfolge auch im Amtsblatt mit Angabe eines Termins zur Rückmeldung. Die persönlich eingeladenen Sparten sollen zusätzlich das Kurzkonzept erhalten.

**Herr Maßalsky, Vorsitzender des Stadtverbandes der Gartenfreunde Halle/Saale e.V.**, erhielt Rederecht und informierte über den Ablauf der Anhörung zu dieser Thematik innerhalb der Kleingartenvereine.

**Herr Knöchel** bat um schriftliche Mitteilung der zeitlichen Abfolge durch den Stadtverband. Weiterhin teilte er mit, dass der Änderungsantrag der FDP laut Geschäftsordnung mit der Abstimmung der Hauptvorlage zu behandeln sei.

**Herr Scholtyssek** bat dennoch um Behandlung des Änderungsantrages, damit man sich ein Meinungsbild schaffen könne. Eine solle kein Beschluss gefasst werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss  
Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)  
Vorlage: V/2012/11296**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin.  
Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, begründete die Antragstellung seiner Fraktion.  
Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, nahm zu diesem Antrag Stellung.

Die Fraktionen CDU, SPD und DIE LINKE. votieren für eine Ablehnung des Antrages, da die Verwaltung bei einer Zustimmung des Antrages auch mit den benötigten finanziellen Mitteln ausgestattet werden müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Beschlusspunkte 3 und 4 werden gestrichen:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
- ~~3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.~~
- ~~4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.~~

**zu 4.2 Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept  
Vorlage: V/2012/10948**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass hierzu eine Tischvorlage ausgeteilt wurde.

Es wurden nunmehr die Änderungsanträge behandelt.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage  
"Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept" (Vorlagen-Nummer:  
V/2012/10948)  
Vorlage: V/2012/11330**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den

Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Antragstellerin.

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte den Antrag für erledigt.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
durch Erklärung des Antragstellers

### **Beschlussvorschlag:**

Die Informationsvorlage Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept (Vorlagen-Nummer: V/2012/10948) wird in eine Beschlussvorlage umgewandelt und erhält folgenden Beschlusstext:

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis und befürwortet die Umsetzung der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, um mindestens die im sogenannten Klimaszenario dargestellten Einsparziele im Bereich der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von 24,05 % und im Bereich Gesamtenergieverbrauch in Höhe von 23,88 % bis zum Jahr 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2009) zu erreichen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.
4. Dem Stadtrat ist jährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948**  
**Vorlage: V/2013/11404**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, wies darauf hin, dass jedes Konzept abschließend mit konkreten Maßnahmen beendet werden sollte. Dies sei hier der Fall.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, merkte an, dass in Punkt 1 das Konzept zur Kenntnis genommen und in Punkt 2 der Umsetzungsplan beschlossen werden sollte.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, bezog zu dem Änderungsantrag Stellung.

**Herr Scholtyssek** änderte daraufhin den Beschlussvorschlag seiner Fraktion.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

### ursprünglicher Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. ~~und befürwortet die Umsetzung der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, um mindestens die im sogenannten Klimaszenario dargestellten Einsparziele im Bereich der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von 24,05 % und im Bereich Gesamtendenergieverbrauch in Höhe von 23,88 % bis zum Jahr 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2009) anzustreben.~~

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. ~~Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin. Dieses Konzept ist vorab dem Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten zur Beschlussfassung vorzulegen.~~

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.

4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

**5. Das Klimaschutzkonzept soll mit einer eigenen und erkennbaren Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2013 abgebildet werden.**

### geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. ~~und befürwortet die Umsetzung der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, um mindestens die im sogenannten Klimaszenario dargestellten Einsparziele im Bereich der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von 24,05 % und im Bereich Gesamtendenergieverbrauch in Höhe von 23,88 % bis zum Jahr 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2009) anzustreben.~~

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. **Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin. ~~Dieses Konzept~~Dieser Umsetzungsplan ist vorab dem Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten zur Beschlussfassung vorzulegen.**

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.

4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu



berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

**5. Das Klimaschutzkonzept soll mit einer eigenen und erkennbaren Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2013 abgebildet werden.**

Jetzt erfolgte die Beratung zur Hauptvorlage.

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, wies darauf hin, dass es sich nunmehr um eine Beschlussvorlage handle. Vorher war es eine Informationsvorlage. Der Ausschuss für Planungsangelegenheiten habe die Informationsvorlage nur zur Kenntnis genommen. Es solle durch die Verwaltung bis zum Hauptausschuss geprüft werden, ob durch die Umwandlung der Vorlage in eine Beschlussvorlage nochmals eine Behandlung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten erforderlich sei.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, wies darauf hin, dass die Beschlussvorlage wirtschaftliche Auswirkungen habe. Demnach könnte der Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung zuständig sein. Er schlage vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**Herr Knöchel** sehe keine Notwendigkeit einer Vertagung, da diese Vorlage schon in drei Sitzungen beraten wurde.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, wies darauf hin, dass die Beratungsfolge geändert werden müsse.

Die Verwaltung teilte mit, dass dies schon erfolgt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis und befürwortet die Umsetzung der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, um mindestens die im sogenannten Klimaszenario dargestellten Einsparziele im Bereich der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Höhe von 24,05 % und im Bereich Gesamtendenergieverbrauch in Höhe von 23,88 % bis zum Jahr 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2009) anzustreben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.
4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

**zu 4.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie  
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011  
Vorlage: V/2012/11037**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass die Beratung in der Reihenfolge geschehe, wie sie durch die Verwaltung in den ausgeteilten Unterlagen vorgegeben wurde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies darauf hin, dass durch die Umstrukturierungen in der Verwaltung der Fachbereich Umwelt aus dem ehemaligen Umweltamt und dem Grünflächenamt bestehe. Aus diesem Grund seien beide Bereiche in den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen. Die Unterlagen für den Bereich der Grünfläche wurden als Tischvorlage verteilt.

**Herr Knöchel** merkte an, dass im Haushaltsplan noch die Umstrukturierungen berücksichtigt werden müssen.

Folgende offene Aufträge erhielt die Verwaltung durch den Ausschuss:

- für den Fachbereich Umwelt:

Es wurde eine Stelle „Sachbearbeiter Abfallberatung“ in „Sachbearbeiter Wertstoffentsorgung Glas und HH“ umgewandelt. Es wird um Darstellung inklusive des ku-Vermerkes gebeten.

Es sollen die Fallzahlen für verbotswidrig abgelagerten Müll nachgereicht werden.

Bei den Erläuterungen zu den Ansätzen für das Produkt Umweltschutz auf der Seite 270 ist die zweite Nennung „Zu Zeilennummer 4“ in „Zu Zeilennummer 5“ zu berichtigen.

Es ist zu prüfen, ob eine Einstellung von Haushaltsmitteln für Investitionen zu Gefahrenabwehrmaßnahmen im Altbergbau entgegen einer bisher nicht vorliegenden Gefahrenlage notwendig sei.

Den Sachkundigen Einwohnern sind die Einzelpläne für den Bereich Grünflächen nachzureichen.

Es sollen die IST-Zahlen zu Patenschaften für Bolz- und Spielplätze sowie für Wasserspielanlagen mitgeteilt werden.

Es soll geprüft werden, ob die Verwaltung zukünftige Haushaltsansätze in Verpflichtungsermächtigungen umwandeln sollte.

Es soll dargelegt werden, warum die Ansätze der Nummern 2 und 5 auf Seite 260 im Vorjahr getrennt und in diesem Jahr zusammen unter der Nummer 5 veranschlagt werden.

- für den Fachbereich Sicherheit:

Es soll die Besetzung aller Stellen zum 31.12.2012 abgebildet werden. Dabei sind Verschiebungen und abgeordnete Bedienstete darzustellen.

Es wird um Mitteilung gebeten, welche freien Stellen derzeit vorhanden sind und wie bzw. wann diese besetzt werden.

Wie viele Anwärter im Bereich Feuerwehr werden dieses Jahr fertig?

Wie hoch ist der Beförderungsbedarf? Es wird um Darstellung der SOLL- und IST-Stärke gebeten.

Zum Produkt auf Seite 571 sollen andere Kennzahlen dargelegt werden.

Zu Zeile 6 auf Seite 572 soll mitgeteilt werden, warum nur 200.000 Euro mehr benötigt werde.

Es soll angegeben werden, warum zur Kennzahl „Schulwegsicherung“ auf Seite 576 Ansatz von 25 auf 20 reduziert wurde.

Warum wird die Kennzahl auf Seite 618 in „Kosten pro Einwohner“ angegeben? Wären mehr Brände dann gut oder schlecht? Weiterhin sollen bundesweite Kennzahlen mitgeteilt werden.

Es soll die Jugendarbeit in den freiwilligen Feuerwehren mehr gefördert werden. Wie ist dies ohne Mehraufwand, wie auf Seite 622/623 angegeben, umsetzbar?

Es sollen die Vergleichszahlen zum Rettungsdienst dargelegt werden.

Zur Maßnahme auf Seite 640 sollen genauere Informationen dargestellt werden.

Es soll geprüft werden, ob die Kosten für die Maßnahme auf Seite 641 durch eine Gesetzesänderung komplett übernommen wird.

Zur Maßnahme auf Seite 642 soll der IST-Stand für 2012 mitgeteilt werden.

Es ist zu prüfen, ob die Ansätze in den Folgejahren zur Maßnahme auf Seite 643 als Verpflichtungsermächtigung deklariert werden können.

- für den Fachbereich Einwohnerwesen:

Es sollen die wesentlichen Änderungen des Stellenplans dargestellt werden. Insbesondere soll mitgeteilt werden, warum für eine neugeschaffene Stelle als „Sachbearbeiter Führerscheinstelle“ ein ku-Vermerk angebracht wurde.

Zu den Kennzahlen auf Seite 604 sollen Vergleichszahlen aus dem Vergleichsring dargelegt werden.

Die Verwaltung sicherte eine Bearbeitung aller Aufträge bis zur nächsten Sitzung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** beraten

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

#### **zu 5.1 Antrag der Stadträte Roland Hildebrandt und Raik Müller (beide CDU-Fraktion) zur Illumination der Pauluskirche Vorlage: V/2012/11076**

---

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt  
auf Antrag der Antragsteller

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung nimmt Verhandlungen mit dem Ziel auf, dass mit Hilfe der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und in Abstimmung mit der Evangelischen Paulusgemeinde Halle eine dauerhafte Illumination der Pauluskirche erreicht wird.

#### **zu 5.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung Vorlage: V/2012/11266**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an den Antragsteller.

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion. Er wies darauf hin, dass der Änderungsantrag des Oberbürgermeisters nur auf Gefahrenlagen abziele. Der Hauptantrag dagegen beziehe sich nicht auf die Gefahr im Verzug, sondern auf Gefahren im Sinne von Förderprogrammen.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, merkte an, dass immer Geld für Sicherheit bereitgestellt werden müsse.

**Herr Scholtyssek** bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes, damit sich seine Fraktion mit der Verwaltung zusammensetzen könne.

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur Vertagung des Tagesordnungspunktes.

**Abstimmungsergebnis:** mit Patt abgelehnt (3 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung)

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)  
Vorlage: V/2012/11302**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt Mittel aus dem 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur weiteren Sanierung des Braunkohletagebaus im Stadtgebiet einzufordern.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Bereich des Altbergbaus bei entsprechender Feststellung von Gefahrenlagen durch das Landesamt für Geologie und Bergwesen einschlägige Fördermittel abzurufen und die jeweiligen Eigenmittel bereitzustellen.

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, bat nunmehr um Abstimmung des Hauptantrages.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt Mittel aus dem 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur weiteren Sanierung des Braunkohletagebaus im Stadtgebiet einzufordern.

**zu 5.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum innerstädtischen Parken  
Vorlage: V/2012/11272**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an die Antragstellerin.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, wies darauf hin, dass vor Umbau des Hallmarktes der Platz ein Parkplatz war. Mit dem Umbau sei beschlossen worden, dass dieser Platz nicht mehr als Parkplatz genutzt werde.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte mit, dass die Verwaltung nur für Veranstaltungen Kriterien entwickle.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, merkte an, dass die Verwaltung den Antrag gleichzeitig als Prüfauftrag aufnehmen und nach pflichtgemäßem Ermessen ein Kriterienkatalog aufstellen solle.

**Frau Schöps, Sachkundige Einwohnerin**, bat um Ablehnung des Antrages.

**Herr Knöchel** beantragt für seine Fraktion eine Einzelabstimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, bat um Abstimmung des Antrages durch die Sachkundigen Einwohner.

**Abstimmungsergebnis:** Es erfolgte eine Einzelabstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages:

Zu 1. mehrheitlich abgelehnt (2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

Zu 2.-3. einstimmig zugestimmt (5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, bat nunmehr um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** Es erfolgte eine Einzelabstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages:

Zu 1. mehrheitlich zugestimmt (4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Zu 2.-3. einstimmig zugestimmt (7 Ja-Stimmen)

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt erstellt einen Kriterienkatalog, unter welchen Voraussetzungen das zeitweilige Parken auf dem Hallmarkt gestattet ist.
2. Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat, bei welchen Veranstaltungen und aus welchen jeweiligen Gründen in den Jahren 2011 und 2012 auf dem Hallmarkt geparkt werden konnte.
3. Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat über die Kriterien zur Erteilung von Parkerlaubnissen für Markthändler für das Areal Schülershof.

**zu 5.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Ausschilderung der Händelgarage**  
**Vorlage: V/2012/11273**

---

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort zur Stellungnahme an die Verwaltung.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte mit, dass der erste Satz des Antrages noch in diesem Jahr erledigt werde. Für den zweiten Satz empfehle er eine Ablehnung.

**Herr Knöchel** übergibt das Wort nunmehr der Antragstellerin.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, begründete die Antragstellung seiner Fraktion. Er wies darauf hin, dass man aus dem Norden kommend nicht über die direkteste Strecke geleitet werde. Man werde, wie der Hallenser sagt, über einen „Umbogen“ gelenkt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Knöchel, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt schildert die Zufahrt zur Händelgarage ordnungsgemäß und gut sichtbar aus. Weiterhin garantiert die Stadt, dass aus nördlicher Richtung die Garage im Händelhaus dauerhaft auf kurzem Weg angefahren werden kann.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, wies auf die als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung bezüglich der Pilotprojekte zu Vernässungen in Neustadt und auf dem Dautzsch hin.

---

**Herr Stäglin** teilte mit, dass in der Fiete-Schulze-Straße, vergleichbar mit den Problemen in der Otto-Stomps-Straße, die Bäume in einem schlechten Zustand sein. Nachdem ein erstes Gutachten bereits dies bestätigte, wurde ein zweites externes Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses hat die erste Untersuchung bestätigt. Es werden 17 Bäume umgepflanzt. Die restlichen 96 Bäume müssen gefällt werden. Im kommenden Herbst werden dafür 113 neue Bäume gepflanzt.

---

**Herr Stäglin** wies in Bezug auf die Baumfällungen in der Hafenbahnstraße auf die Pressemitteilung im Amtsblatt vom 16. Januar 2013 hin.

---

**Herr Stäglin** berichtete über den aktuellen Stand der Baumüberprüfung am Preßlersberg. Die externe Begutachtung der Robinien fand am 15.01.2013 statt, die durch die Bürgerinitiative benannten Vertreter waren am Mittwoch zuvor eingeladen worden, konnten aber wegen des Vormittagstermins nicht teilnehmen. Derzeit werte der Gutachter die Ergebnisse aus. Es wird für Ende Februar eine Präsentation dieser gegenüber der Bürgerinitiative avisiert.

---

**Frau Ruhl-Herpertz, Leiterin des Fachbereichs Umwelt**, teilte mit, dass die Abwasserpreise im Jahr 2013 gesenkt werden. Sie wies auf die Pressemitteilung im Amtsblatt vom 19. Dezember 2012 hin.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, möchte gern wissen, ob für die Gestaltung des Spielplatzes am Preßlersberg die Fällung der Bäume notwendig sei.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, teilte mit, dass der Gutachter dies überprüfe.

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte nach, warum der Brandschutzbedarfsplan noch nicht in den Stadtrat eingebracht wurde.

**Herr Müller, Leiter des Fachbereichs Sicherheit**, teilte mit, dass durch die Umstrukturierung in der Verwaltung eine Anpassung notwendig sei.

---

**Herr Scholtyssek** möchte gern wissen, ob wirklich eine Gefährdung der Planungen am Hufeisensee durch Biber vorliege.

**Frau Ruhl-Herpertz, Leiterin des Fachbereichs Umwelt**, wies darauf hin, dass es sich tatsächlich um Biber handele. Jedoch liege nach derzeitigem Kenntnisstand keine Gefährdung vor.

## zu 9 Anregungen

---

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, regte an, dass keine größeren Vorlagen beraten werden, wenn der Haushalt auf der Tagesordnung stehe.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.02.13

---

Uwe Stäglin  
Beigeordneter

---

Sven Knöchel  
stellvertr. Ausschussvorsitzender

---

Martina Wildgrube  
Referentin für Ordnung und Sicherheit

---

René Müller  
Protokollführer